

INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	4
Deutsche Rüstungsexporte	4
Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	7
Militärausgaben	9
Lokale Rüstungsindustrie	11
Streitkräftestruktur	11
Bewaffnung der Streitkräfte	13
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	17
Polizei und andere Sicherheitskräfte	19

INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES GEMEINSAMEN STANDPUNKTS	21
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	21
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	23
Innere Lage im Empfängerland	26
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	29
Bedrohung von Alliierten	31
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	32
Unerlaubte Wiederausfuhr	34
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	35

ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor in Algerien

Die Bedeutung deutscher Rüstungslieferungen für Algerien war im internationalen Vergleich lange gering. Seit 2010 haben sich die Rüstungsausfuhren nach Algerien jedoch massiv erhöht. Im Zeitraum von 2017 bis 2021 ist Deutschland sogar der zweitwichtigste Waffenlieferant für Algerien gewesen; hinter Russland und vor Frankreich und China. Dies geht insbesondere auf die Lieferung von zwei Fregatten zurück sowie auf deutsche Zulieferungen für in Algerien in Lizenz endmontieren Fuchs-2-Radpanzer. Letzteres bedeutet auch einen maßgeblichen Technologietransfer, der Algerien dabei hilft, seine nationale Rüstungsindustrie weiter auszubauen. Um den Rüstungsbedarf der Streitkräfte decken zu können, ist das Land allerdings weiterhin auf den Import von Waffensystemen angewiesen.

Die wichtigste Aufgabe des Heeres ist und war es traditionell, die langen algerischen Landesgrenzen zu Marokko, Tunesien, Libyen, Niger, Mali und Mauretanien zu sichern. Die algerische Armee ist die am besten organisierte Institution des Landes innerhalb der Bevölkerung. Viele ehemalige Militärs bekleiden Spitzenpositionen in Politik und Wirtschaft. Einhergehend mit der steigenden Arbeitslosigkeit und den wachsenden wirtschaftlichen Problemen des Landes ist das Militär zudem ein attraktiver Arbeitgeber. Die Streitkräfte spielen eine ausgesprochen große Rolle in der algerischen Politik. Der 1999 gewählte Staatspräsident Bouteflika galt nach Einschätzung vieler Analyst:innen und Kommentator:innen als Marionette des mächtigen Militärapparates. Proteste der algerischen Bevölkerung in der ersten Jahreshälfte 2011 richteten sich insbesondere gegen die autoritäre Regierung Bouteflikas. Der Präsident konnte dabei auf einen weitestgehend loyalen Polizei- und Militärapparat zurückgreifen, der, auch zur Verteidigung eigener Interessen, teilweise brutal gegen Demonstrierende vorgeht. Im Zuge der Proteste, die im Frühjahr 2019 zum Rücktritt Bouteflikas führten, stellte sich das Militär jedoch gegen den langjährigen Präsidenten und unterstützte die Forderungen nach seiner Absetzung.

Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der EU für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern (2008/944/GASP)

Algerien ist neben den wichtigsten internationalen Abrüstungsabkommen auch den wichtigsten internationalen Menschenrechtsabkommen beigetreten. Die algerische Verfassung verspricht einen hohen Grundrechtsschutz und das Land ist seit 2013 bereits zum zweiten Mal Mitglied im neu gegründeten Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen. Trotzdem kommt es weiterhin zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen. Bislang wurden kaum Bemühungen von der Regierung unternommen, den Verbleib der im Bürgerkrieg „Verschwundenen“ aufzuklären.

Dieser herrschte in Algerien in den 1990er Jahren zwischen der Regierung und islamischen Fundamentalist:innen und äußert sich in einigen Teilen des Landes noch bis heute in bewaffneten Auseinandersetzungen. Neben den Nachwehen des Bürgerkrieges,

die bis heute anhalten, beschäftigt ein weiterer innerer Konflikt das Land, der sich zwischen der Regierung und berberischen Stämmen in der Kabylei-Region abspielt. Noch im Sommer 2015 kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Araber:innen und Berber:innen in der algerischen Provinz Ghardaia, bis die Regierung schließlich die Armee zu Hilfe rief. Neben der Anerkennung ihrer Sprache und Kultur fordern die Berber:innen vor allem wirtschaftliche und soziale Verbesserungen, wie beispielsweise ein Ende der staatlichen Korruption oder ein Programm zur Bekämpfung der steigenden Arbeitslosigkeit.

Algeriens Beziehung zum westlichen Nachbar Marokko ist seit der Unabhängigkeit 1962 angespannt. Der Konflikt zwischen beiden Staaten wird insbesondere durch die Unterstützung Algeriens für Unabhängigkeitsbestrebungen in der von Marokko besetzten Westsahara verschärft. Darunter leidet die gesamte regionale Zusammenarbeit im Maghreb.

Die USA unterhalten einen zentralen Kommandostützpunkt in Algerien. Im Rahmen des von den USA im Jahr 2008 gegründeten neuen militärischen Regionalkommandos Africa Command (AFRICOM), kommt dem Land eine wichtige Rolle zu.

Algerien ist ein wichtiger Umschlagspunkt für Drogen, insbesondere solche, die von Marokko oder Tunesien aus nach Europa geschmuggelt werden sollen. Insbesondere die langen und porösen Landesgrenzen in Nordafrika begünstigen den Schmuggel und verhindern eine effektive Bekämpfung des Drogenhandels.

Die Informationslage bezüglich geltender Waffenexportkontrollen ist unbefriedigend, da beispielsweise Informationen über einschlägige Gesetze oder authentifizierte Endverbraucherzertifikate schlichtweg nicht erhältlich sind. Aus der Vergangenheit sind jedoch keine Fälle einer unerlaubten Wiederausfuhr von Rüstungsgütern bekannt.

Die Ausgaben für das Militär sanken zwar 2021 um eine Milliarde auf rund 9 Mrd. USD ab. Trotzdem stieg das Land auf dem Globalen Militarisierungsindex weiter auf. Algerien belegte 2021 Platz 13 und ist damit das am höchsten militarisierte Land Afrikas. Angesichts der drängenden Probleme des Landes, wie die hohe Arbeitslosigkeit und einhergehende Perspektivlosigkeit vieler Jugendlicher sowie gravierenden Probleme in sozialen Sektoren, bedarf es einer deutlicheren Umverteilung bei den staatlichen Ausgaben. Bis dies geschehen ist, können weitere Steigerungen des Militärhaushaltes bzw. größere Rüstungsimporte die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflussen. Damit weicht unsere qualitative Einschätzung von jener der Datenbank ab.

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2020 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Funkgeräte und Kommunikationsausrüstung: 93,3%	5,26
2000	Kommunikationsgeräte und -teile: 98,4%	0,2
2001	Tauchgeräte: 92,6%	0,74
2002	Überwachungssysteme mit Multisensorplattformen: 96,8%	10,53
2003	VHF/UHF Sende- und Empfangsgeräte: 87,9%	1,03
2004	Grabenbagger und Teile für Radfahrzeuge: 82,5 %; Teile für Kommunikationsausrüstung: 12,6 %	0,18
2005	Mobiles Feldlazarett: 82,2%	19,03
2006	Teile für Infrarot-ausrüstung und Überwachungssysteme: 66,5%; Formationsleuchten: 18,9%	1,8
2007	Keine deutschen Rüstungsexporte	-
2008	Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für Landfahrzeuge: 81,3%	0,51
2009	Sattelzugmaschinen und Teile für Landfahrzeuge: 65,4% Kommunikationsausrüstung und Stromversorgungen: 31,8%	9,0
2010	LKW und Teile für Landfahrzeuge: 52,0%; Multisensorausrüstung und Teile dafür: 40,6%	19,84
2011	Transportpanzer und Teile für gepanzerten Fahrzeuge, Tarnbeleuchtungen: 98,4 %	217,43
2012	Geländewagen, LKW und Teile für Geländewagen, LKW, Landfahrzeuge: 94,8 %	286,72
2013	LKW, Geländewagen, Materialkits zur Herstellung von gepanzerten Fahrzeugen und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW, Geländewagen: 94,9%	825,73
2014	LKW und Teile für LKW: 60,5%; Herstellungsausrüstung für Radargeräteteile, Funkgeräteteile, Fahrzeugmontage und Teile für Herstellungsausrüstung: 19,3% Bodenüberwachungsradar, Meridiankreisel und Teile für Bodenüberwachungsradar: 9,5%	163,65

LÄNDERBERICHT \ ALGERIEN

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2015	LKW und Teile für LKW: 87,8%	411,41
2016	Fregatte und Teile für Fregatte: 52,2% LKW, Geländewagen und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW, Geländewagen: 25,1% Torpedos, Flugkörper, Unterwassergranaten, Flugkörperabwehrsysteme und Teile für Torpedos, Bodenausrüstung für Flugkörper: 10,1%	1.418,10
2017	Fregatte und Teile für Fregatte: 41,5% LKW, Geländewagen und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW, Geländewagen: 18,4% Bordhubschrauber und Teile für Hubschrauber: 15,2% Torpedos, Flugkörper, Unterwassergranaten, Abfeuerausrüstung, Transportcontainer, Flugkörperwarner, und Teile für Torpedos, Flugkörperabwehrsysteme für Luftfahrzeuge: 9,4%	1.358,77
2018	LKW, Transportpanzer [Materialkits] und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW: 87,9%	818,18
2019	LKW und Teile für gepanzerte Fahrzeuge [Materialkits]: 96,6%	846,63
2020	LKW und Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 73,5% Bildverstärkerausrüstung, Überwachungsanlagen [Grenzsicherung] und Teile für Bildverstärkerausrüstung, Überwachungsanlagen [Grenzsicherung]: 13,2%	76,29

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2020, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <http://www.bmwk.de>

Schaubild 1

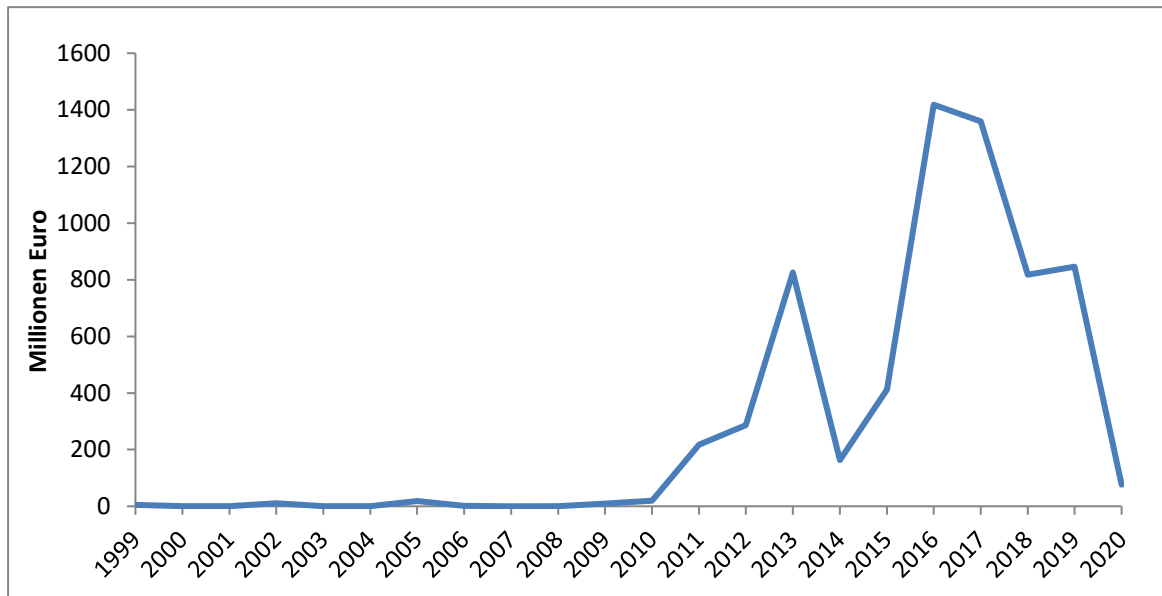
Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2020

Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Algerien 2000-2021

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
9	MTU-538	Dieselmotor	1983	1988-2002	9	Für 3 Djebel Chenoua FAC aus Algerien
54	Fuchs-2	Gepanzerte Mannschaftstransporter	2011	2013-2014	(54)	195 Mio. Euro-Geschäft
2	MEKO-A200	Fregatte	2012	2016	2	Option auf 2 weitere
(12)	MTU-1163	Dieselmotor	(2012)	2015-2016	(12)	Für 3 C-28A-Fregatten aus China
926	Fuchs-2	Gepanzerte Mannschaftstransporter	(2014)	2015-2021	(597)	Montiert in Algerien; Lieferung bis 2025 geplant

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Deutschland ist lange Zeit kein bedeutender Rüstungslieferant für Algerien gewesen. Seit 2010 haben sich die Rüstungsausfuhren nach Algerien jedoch massiv erhöht. Zunächst genehmigte Deutschland Anfang 2011 den Verkauf von 54 Fuchs-Panzern im Wert von 195 Millionen Euro und erteilte Ausfuhrerlaubnisse für die Lieferung von Geländewagen und LKW im Wert von 286 Millionen Euro. Im Juni 2014 wurden Vertragsverhandlungen zwischen Algerien und Rheinmetall über ein 2,7 Mrd. Euro-Geschäft bekannt, das die Lieferung von Teilen für über 926 Fuchs-2-Radpanzern sowie den Bau einer Produktionsstätte zur Montage der Panzer in der nordalgerischen Stadt Ain Smara vorsieht. 2015 wurde mit den ersten Zulieferungen begonnen. Bis 2025 werden knapp 1000 Fuchs-Panzer in Algerien endmontiert. Bis einschließlich 2021 wurden bereits Teile für 597 Stück davon nach Algerien geliefert. Branchenberichten zufolge könnten an derselben Produktionsstätte auch Radpanzer vom Typ Boxer in Lizenz produziert werden.

Im März 2012 hat Algerien mit ThyssenKrupp Marine Systems einen Kaufvertrag über die Beschaffung von zwei Fregatten der Meko-Baureihe unterschrieben. Das Geschäft wird auf insgesamt mehr als zwei Milliarden Euro geschätzt. Die Bundesregierung genehmigte zur Absicherung des Geschäfts eine Hermes-Bürgschaft über 2,13 Milliarden Euro. Nach der Auslieferung der ersten Fregatte im Februar 2016, wurde die zweite Fregatte vom Typ Meko A-200ALG im Mai 2017 an die algerische Marine übergeben. Vermutlich beinhaltet die Lieferung auch sechs Super-Lynx Bordhubschrauber. Die deutsche Bundeswehr hat die Ausbildung der algerischen Seeleute bestätigt. Die Kosten in Höhe von zwölf Millionen Euro werden von Algerien übernommen.

Die jüngsten Genehmigungen der Bundesregierung (16 Stück) beliefen sich auf einen Gesamtwert von über 76 Millionen Euro, was im historischen Vergleich relativ niedrig ist. Es wurden 2020 keine Anträge abgelehnt.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland**Tabelle 3*****Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Algerien 2017-2021, Mio. USD***

Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2017-2021
Summe	1139	1291	164	661	237	3491

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

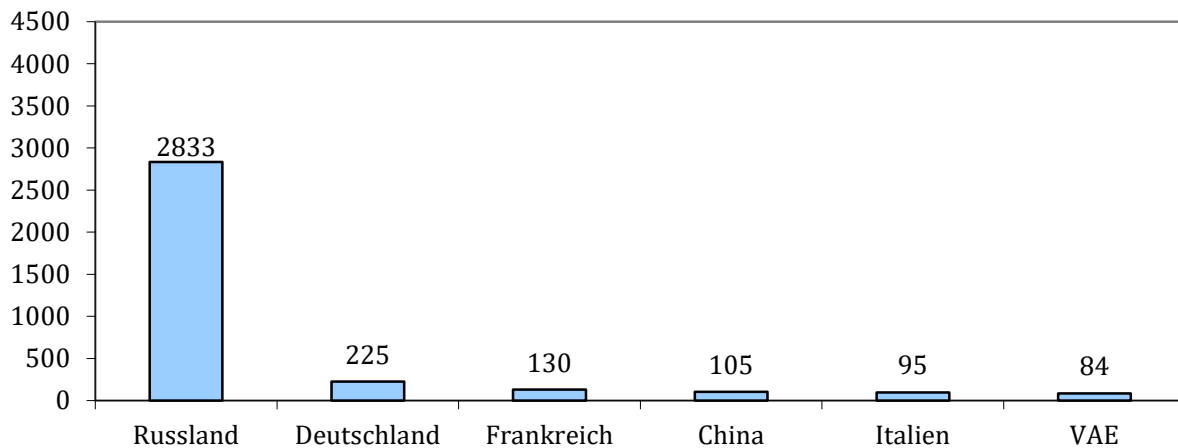
Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Algerien 2017-2021, Mio. USD

Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2017-2021
Summe	33	48	48	48	48	225

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2017-2021, Mio. USD

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: März 2022) nahm Algerien zwischen 2017 und 2021 die 11. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Dabei ist Russland seit der Unabhängigkeit Algeriens im Jahre 1962 bis heute der mit Abstand wichtigste Rüstungslieferant der Streitkräfte. 1993 stammten schätzungsweise 90 Prozent der Waffenbestände aus der ehemaligen Sowjetunion, die vor allem in den 1970er und 1980er Jahren modernste Waffensysteme wie beispielsweise den MiG-25 Abfangjäger oder T-72 Kampfpanzer nach Algerien exportierte. Im Juni 2014 wurde die russische Admiralty Shipyards von Algerien mit dem Bau von zwei U-Booten der Improved Kilo-Klasse beauftragt. Diese wurden 2018 geliefert. Ende Februar 2014 wurde bekannt, dass Algerien 48 (Kampf-) Hubschrauber (42 Mi-28N/Havoc; 6 Mi-26T2/Halo) für die Luftwaffe bestellte. Diese wurden zwischen 2015 und 2018 geliefert. Der Vertrag im Umfang von 2,7 Milliarden US-Dollar umfasst zudem die Modernisierung 39 weiterer algerischer Helikopter des Typs Mi-8 zum Standard von Mi-8AMTSh-Helikoptern. Zwischen 2015 und 2016 importierte Algerien außerdem eine große Anzahl von T-90S

Kampfpanzern (bis zu 200 Stück) aus Russland sowie zwischen 2016 und 2018 14 Su-30MK Mehrzweckkampfflugzeuge. 2019 orderte Algerien 14 Kampfflugzeuge vom Typ MiG-29M, von denen bis Ende 2021 acht geliefert wurden, sowie 16 weitere Mehrzweckkampfflugzeuge vom Typ Su-30MK, deren Lieferung noch aussteht. Aufgrund von Unstimmigkeiten mit Russland im Kontext milliardenschwerer Waffengeschäfte will sich Algerien jedoch zunehmend um eine Diversifizierung der Waffenlieferanten bemühen, was sich bereits in den Waffenkäufen der vergangenen Jahre widerspiegelt.

Mit China wurden in den vergangenen Jahren einige Lieferungen vereinbart, darunter unter anderen bis zu 50 Seezielflugkörper (C-802/CSS-N-8) sowie drei Korvetten (C-28A), die 2015 und 2016 geliefert wurden. Seit 2016 wurden zehn Drohnen des Typs CH-3 (bewaffnet) und CH-4A sowie selbstfahrende Mörser und Mehrfachabschuss-Raketensysteme, vier Luftsuch-Radarsysteme und 100 Panzerabwehrraketen geliefert. 2020 wurde zudem ein Offshore-Patrouillenboot (Pattani) aus China geordert, dessen Lieferung für 2023 geplant ist.

Deutschland war im Zeitraum 2015 bis 2019 drittgrößter, zwischen 2017 und 2021 sogar zweitgrößter Waffenlieferant Algeriens. Dies geht maßgeblich auf die beiden in den Jahren 2016 und 2017 gelieferten Fregatten vom Typ Meko A-200ALG sowie die Zulieferungen für die in Algerien endmontierten Fuchs-2-Radpanzer zurück. Frankreich und Italien lieferten in dem Zeitraum 20 FPB-98 Patrouillenboote bzw. drei MCMV-2010 Minenabwehrschiffe.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

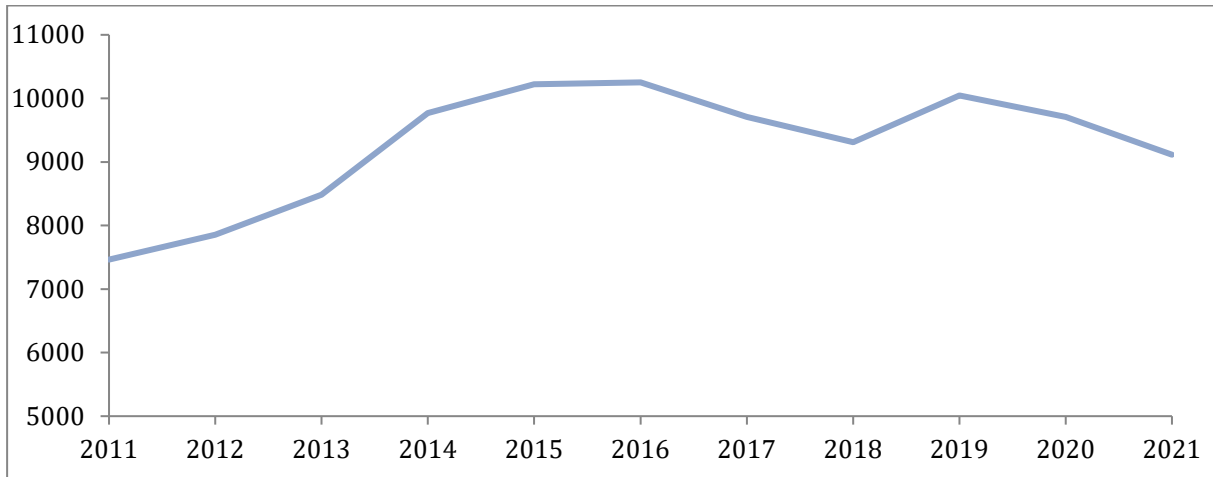
	2017	2018	2019	2020	2021
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	9709	9311	10045	9708	9116
Anteil am BIP (in Prozent)	5,9	5,5	6,0	6,7	5,6
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	15,4	14,5	15,9	17,4	15,2

Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3

Absolute Militärausgaben, Trend 2011 – 2021 in Mio. USD

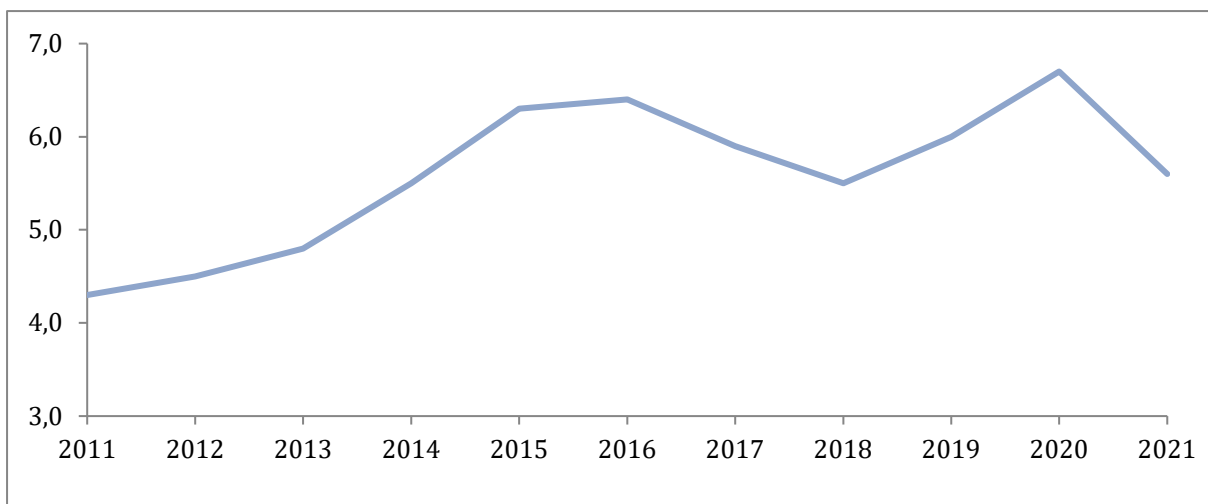


Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2020.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2011 – 2021 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Algerien besitzt eine relativ kleine nationale Rüstungsindustrie, die jedoch zu der Wartung bestehender Militärausrüstung in der Lage ist. Um den Rüstungsbedarf seiner Streitkräfte abdecken zu können, ist das Land daher maßgeblich auf den Import von neuwertigen Waffensystemen angewiesen. Während der 1990er Jahre wurden die größten Fortschritte im Bereich der Rüstungsproduktion von der Marinewerft im Hafen von Mers-el-Kébir erzielt, wo leichte Kriegsschiffe produziert werden konnten. Seitdem wurden dort insbesondere Boote für die Küstenwache der Kebir-Klasse aus ursprünglich französisch-britischer Produktion in Lizenz hergestellt sowie mit bulgarischer Hilfe die Endfertigung von Djebel Chinoise Korvetten vorgenommen. Darüber hinaus werden Militärlastwagen mit französischer Unterstützung in Lizenz produziert. Im April 1991 hieß es aus Kreisen der US-amerikanischen Nachrichtendienste, Algerien habe mit chinesischer Hilfe eine nukleare Reaktoranlage errichtet, die mittelfristig dazu in der Lage sei, waffenfähiges Plutonium herzustellen. Die algerische Regierung bestand zwar auf der ausschließlich zivilen und friedlichen Nutzung der Anlage, auf Druck der Vereinigten Staaten willigte sie aber 1992 schließlich in IAEA-Kontrollen ein.

Auch wenn in Algerien bisher vornehmlich gepanzerte Fahrzeuge, Leichtflugzeuge und Patrouillenboote in Lizenz hergestellt werden, hat das Land in den letzten Jahren aber maßgeblich in die eigene Rüstungsindustrie investiert, um deren Aufbau voranzutreiben. Mit einem Präsidialerlass im Jahr 2019 wurde das Entwicklungszentrum EDST gegründet. Es wird vermutet, dass unter dessen Führung vornehmlich Boden-Boden- und Luft-Boden-Waffen entwickelt werden sollen. Im Zuge der vermehrten Investitionen wurden auch einige Joint Ventures mit ausländischen Partnern eingegangen. 2012 wurde bekannt, dass sich die Mechanical Industry Promotion Group des algerischen Verteidigungsministeriums mit der Tawazun Holding (Vereinigte Arabische Emirate) auf ein gemeinsames Unternehmen („NIMR-Algerie Joint Stock Company“) zur Produktion von NIMR Militärfahrzeugen in Algerien geeinigt hat. Auch durch die Lieferung und die Fertigung von Fuchs-Panzern vor Ort werden die Kapazitäten der algerischen Rüstungsindustrie maßgeblich gefördert. Ein geplantes Joint-Venture Unternehmen zwischen Rheinmetall und MAN übernimmt die Federführung bei diesem Geschäft. Bis 2025 will Algerien mit der Unterstützung deutscher Unternehmen bis zu 980 Fuchs-Radpanzer – und eventuell auch Radpanzer vom Typ Boxer – für den eigenen Gebrauch fertigen. 2016 unterzeichnete das algerische Verteidigungsministerium außerdem eine Industrie- und Handelspartnerschaft mit dem italienischen Unternehmen Leonardo. Dieses sieht die Produktion von drei verschiedenen leichten und mittleren Hubschraubern (Typ AugustaWestland) in Aïn Arnat in Algerien vor.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Ja, 12 Monate

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

139.000 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 110.000

Marine: 15.000

Luftwaffe: 14.000

Reserve: 150.000 (Heer)

Paramilitärische Einheiten: ca. 187.200, davon:

Gendarmerie (dem Verteidigungsministerium zugeordnet): 20.000

Nationale Sicherheitskräfte (Direktorat für Nationale Sicherheit): 16.000

Republikanische Garde: 1.200

Kommunale Verteidigungsgruppen, Selbstverteidigungsmilizen: ca. 150.000

Quelle: IISS Military Balance 2022

Kommentar

Die algerische Armee gilt als gut organisiert und hat als Institution einen guten Ruf innerhalb der Bevölkerung. Viele ehemalige Militärs bekleiden Spitzenpositionen in Politik und Wirtschaft. Das algerische Militär hat eine zentrale Rolle gespielt bei der Beendigung der jahrzehntelangen Präsidentschaft von Abd al-Aziz Bouteflika im April 2019 in Folge weitreichender Proteste im Land.

Da die Streitkräfte aus dem Unabhängigkeitskrieg gegen Frankreich in den 1950er Jahren hervorgingen, bestanden sie ursprünglich fast ausnahmslos aus leichten, beweglichen Einheiten, die auf Guerillakriegsführung spezialisiert waren. Gegen den Widerstand vieler alter ehemaliger Militärs gelang es dem sozialistischen Präsidenten Boumediene allerdings in den 1960er und 1970er Jahren, nach und nach die Armee zu einer modernen, konventionellen Streitmacht nach dem Vorbild sowjetischer Militärdoktrin umzuwandeln. Während dieser Zeit wurden nicht nur tausende algerische Offizier:innen an sowjetischen Militärakademien ausgebildet, auch die schweren Waffensysteme stammten fast ausnahmslos aus sowjetischer Produktion. Nach einer militärischen Niederlage Algeriens in einem kurzen Grenzkrieg gegen Marokko 1976 wurden die Streitkräfte erheblich vergrößert und aufgerüstet. Im Zuge eines Bürgerkrieges gegen islamistische Gruppierungen nach Ende des Kalten Krieges erfuhr die algerische Armee eine erneute Umstrukturierung. Der Schwerpunkt algerischer Militärstrategie während der 1990er Jahre fußte nun weniger auf der Vorbereitung für eine Landesverteidigung gegen mögliche externe Bedrohungen: Nicht zuletzt die Gründung der Maghreb Union 1989 hatte die Wahrscheinlichkeit eines solchen Szenarios stark vermindert und machte die Konzentration der Armee auf die Niederschlagung interner Unruhen notwendig. Nachdem sich 2003 und 2004 ein Ende der Gewaltwelle abzuzeichnen begann, wurde allerdings darüber nachgedacht, die Streitkräfte wieder nach konventionellem Muster zu organisieren.

Insgesamt gehören die algerischen Streitkräfte heute zu den fähigsten und den am besten ausgestatteten Armeen in Nordafrika. Die Hauptaufgaben des algerischen Militärs

liegen in der Wahrung der territorialen Integrität, inneren Sicherheit und regionalen Stabilität. Algerien ist Teil der „North African Regional Capability Standby Force“ der Afrikanischen Union, deren logistische Basis in Algier ist. Regelmäßige Trainings der Armee entsprechen relativ hohen Standards. Enge Sicherheitskooperationen bestehen vor allem mit Tunesien, die seit langem bestehenden Spannungen mit Marokko führten 2021 jedoch dazu, dass die Anzahl der Grenzsoldat:innen beidseitig erhöht wurden.

Bemühungen, das Militär zu professionalisieren, halten an, was sich in der Reduzierung der Wehrpflicht von 18 auf 12 Monate im Jahr 2014 gezeigt hat. Neben moderner russischer Militärausrüstung finden sich zunehmend auch chinesische Rüstungsgüter im Besitz der algerischen Streitkräfte wieder.

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2013–2021

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Aktive in 1.000 (IISS)	130	130	130	130	130	130	130	130	139
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	3,4	3,3	3,3	3,2	3,1	3,1	3,0	3,0	3,1

Quellen: IISS Military Balance, 2014–2022, World Bank

Kommentar

Mitte der 1980er Jahre erreichte die Personalstärke der algerischen Streitkräfte ein Hoch von insgesamt rund 170.000 Soldat:innen. 1990 war diese Zahl aber bereits auf etwa 150.000 Personen gesunken. Der Abwärtstrend setzte sich in den frühen 1990er Jahren trotz Beginn des Bürgerkrieges fort. 1995 zählte das algerische Militär weniger als 122.000 Soldat:innen. Zwischen 2003 bis 2010 war allerdings ein Anstieg zu verzeichnen. Im Jahr 2011 ist die Anzahl der Soldat:innen schließlich auf 130.000 gesunken und seither konstant geblieben, lediglich im Jahr 2021 wurde die Zahl um 9.000 Soldat:innen erweitert.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	1495	
Aufklärer	134	

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schützenpanzer	980	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	Mehr als 1107	
Artillerie	1127	
Panzerabwehr	Mehr als 211	Zahl der rückstoßfreien Abschussgeräte sowie Geschütze; zusätzlich Raketen und Panzerabwehrsysteme, z. B. <i>Milan</i> , <i>Kornet-E</i>
Luftabwehr	Mehr als 106	

Quelle: *IISS Military Balance 2022*

Kommentar

Mit beinahe 1.500 Kampfpanzern verfügt das Heer über eine beachtliche Anzahl schwerer Waffensysteme, die allerdings auch vielfach veraltet sind. Die Bewaffnung ist vor allem sowjetischer bzw. russischer Bauart, auch wenn China zunehmend moderne Rüstungsgüter nach Algerien exportiert, darunter bspw. selbstfahrende Artillerie. Derzeit ist eine umfassende Modernisierung im Gange, die sich in zahlreichen Waffenkäufen und -importen widerspiegelt. Dazu gehört auch das Rüstungsgeschäft mit Deutschland über 926 Fuchs-2 Radpanzer, die insgesamt zwischen 2015 und 2025 in Algerien produziert werden sollen. Aus Russland hat Algerien außerdem 2015 bis 2016 203 T-90S Kampfpanzer importiert. Zwischen 2014 und 2018 hat Algerien circa 200 gepanzerte Nimr Fahrzeuge aus den VAE verbaut.

Vor dem Hintergrund des Bürgerkrieges in den 1990er Jahren investierte das Militär vor allem in die Aufrüstung des Heeres, dessen Aufgabenspektrum im Folgenden zunehmend durch die Unterstützung der Gendarmerie und anderer paramilitärischer Kräfte im Kampf gegen die Islamistische Heilsfront (FIS) erweitert wurde. Die gerade auch in den Wüstenkriegen benötigten Fähigkeiten, insbesondere Luftlandkapazitäten, wurden während dieser Zeit besonders gefördert.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	6	Zwei 877- <i>Paltus</i> (Kilo-I-Klasse) und vier 636- <i>Varshavyanka</i> (Kilo-II-Klasse)
Fregatten	5	
Patrouillenbote	28	

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Davon Korvetten	3	
Minenboote	2	
Amphibienfahrzeuge	7	
Logistik und Unterstützung	3	

Quelle: IISS Military Balance 2022

Box 2

Weitere Marineeinheiten

Marine-Infanterie:

Einige gepanzerte Mannschaftstransporter

Marineflieger:

9 Mehrzweckhubschrauber

9 Such- und Rettungshubschrauber

Küstenverteidigung:

Einige Küstenraketenstartrampen

Küstenwache:

74 Patrouillenboote

9 Logistik- und Unterstützungsschiffe

Quelle: IISS Military Balance 2022

Kommentar

Die algerische Marine wurde mit Hilfe der Sowjetunion in den 1980er Jahren vergrößert und modernisiert. Ziel war die Projektion algerischer Militärmacht auch über die Küstengewässer hinaus. Im Gegensatz zum Heer verfügt die Marine nicht ausschließlich über schwere Waffensysteme östlicher Bauart; Frankreich und England lieferten bereits in den 1980er Jahren Korvetten und Küstenwachboote und ermöglichten dadurch Technologietransfers. Mit der Neuorientierung des Militärs zur Niederschlagung interner Aufstände in den 90er Jahren verlor die Marine jedoch an Bedeutung. Auch bei der Marine ist ein Modernisierungsprozess im Gange, der Rüstungsbeschaffungen einschließt. Zwei Fregatten der Meko-Klasse (A200) inklusive der entsprechenden Bordhubschrauber von Thyssen Krupp wurden in der HDW-Werft in Kiel gebaut und erweitern nun seit Mai 2017 die maritimen Fähigkeiten Algeriens. Über den Bau zwei weiterer Fregatten dieses Typs auf einer neu errichteten Schiffswerft in Algerien wird spekuliert. Aus Russland importierte Algerien 2018 zwei Project-636E/Kilo U-Boote. Aus Italien und Frankreich hat Algerien Minensuchboote und Patrouillenschiffe erhalten.

2023 soll China außerdem eine Pattani Korvette nach Algerien exportieren. Seit 2010 beschafft die Marine zudem immer mehr Helikopter, darunter sechs Super Lynx-100 Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr aus Großbritannien.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdbomber	34	MiG-25PDS/RU Foxbat, MiG-29S/UB Fulcrum
Abfangjäger	57	MiG-29M/M2 Fulcrum, Su-30MKA Flanker H
Kampfflugzeuge	33	SU-24M/MK Fencer D
Aufklärer	7	Alle kampffähig
Tankflugzeuge	6	
Transportflugzeuge	65	
Ausbildungsflugzeuge	99	Davon 16 kampffähig
Kampfhubschrauber	72	
Such- und Rettungshubschrauber	3	
Mehrzweckhubschrauber	85	
Transporthubschrauber	62	
Luftabwehr	Mehr als 68	
Raketen	Einige	u. a. AS-12 Kegler, AA-10 Alamo
Drohnen	Einige	u. a. Seeker II, CH-3/4

Quelle: *ISS Military Balance 2022*

Kommentar

Die vorrangige Aufgabe der Luftwaffe ist es, Luftunterstützung für die Marine und besonders für das Heer bereitzustellen. Die Modernisierung der Luftwaffe gehört seit 2000 zu den wichtigsten Aufgaben der algerischen Streitkräfte. Ein großer Anteil der Rüstungszukäufe der letzten Jahre war daher für die Luftstreitkräfte bestimmt. Im Zuge dessen wurden die Kapazitäten zur Grenzüberwachung mittels Drohnen erweitert: Mittlerweile befinden sich neben den südafrikanische Seeker II auch die zwischen 2018 und 2019 gelieferten Yabhon United und Yabhon Flash aus den VAE sowie die 2018 gelieferten CH-3/-4 Drohnen aus China im Einsatz der Luftwaffe, die allesamt bewaffnet

werden können. Ferner hat Algerien in den letzten Jahren russische Abfangjäger, Transport- und Kampfhubschrauber in größerer Zahl importiert sowie drei US-amerikanische Aufklärungsflugzeuge bestellt, deren Lieferung jedoch wegen technischer Probleme verzögert wird. Letzterer Import entsprach einem Geschäft von rund 1,1 Mrd. US-Dollar.

Box 3

Paramilitärische Einheiten

Gendarmerie (dem Verteidigungsministerium zugeordnet):

Einige Aufklärungsfahrzeuge (AML-60)

210 gepanzerte Mannschaftstransporter (100 Fahd; 110 M3 Panhard)

Mehr als 12 Transporthubschrauber (AW109, PZL Mi-2 Hoplite)

Nationale Sicherheitskräfte:

Nur Kleinwaffen

Republikanische Garde:

Einige Aufklärungsfahrzeuge (AML-60)

Einige gepanzerte Mannschaftstransporter (M3 half track)

Quelle: IISS Military Balance 2022

Box 4

Peacekeeping

Demokratische Republik Kongo (MONUSCO): 2 Soldat:innen

Quelle: IISS Military Balance 2022

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Die Nationale Volksarmee Algeriens (Armée Nationale Populaire, ANP) bildet ihre Identität aus einer im kollektiven Gedächtnis des Landes verankerten Kriegskultur, die ihren historischen Ursprung in den gemeinsamen Befreiungskämpfen gegen verschiedene Invasionen hat. Die Algerier:innen erhoben sich 1954 gegen die mehr als einhundert Jahre andauernde französische Besatzung, was zu einem achtjährigen, blutigen Unabhängigkeitskrieg führte. Während dieser Zeit sind auch spätere Grundprinzipien und Strukturen der algerischen Streitkräfte entstanden.

Bemerkenswert ist, dass sich, um die revolutionäre und volksnahe Tradition zu erhalten, soziale Klassenunterschiede nicht unbedingt in der Trennung zwischen Offiziers- und Mannschaftsdienstgraden widerspiegeln. So erhalten Offizier:innen weder besondere Privilegien, noch übermäßig hohe Gehälter. Sie tragen keine prunkvollen Uniformen, um sich von einfachen Dienstgraden abzugrenzen. Auch gibt es keine aufwendigen und pompösen Zeremonien, um die Zugehörigkeit zum Offizierskorps rituell

zu betonen. Die ANP ist bis heute die am besten organisierte Institution des Landes. Viele ehemalige Militärs bekleiden Spitzenpositionen in Politik und Wirtschaft. Einhergehend mit der steigenden Arbeitslosigkeit und den wachsenden wirtschaftlichen Problemen des Landes stellt das Militär zudem einen attraktiven Arbeitsplatz dar.

Die Streitkräfte spielen eine ausgesprochen einflussreiche Rolle in der algerischen Politik. Bereits kurz nach der Unabhängigkeit 1962 kam es zu einem erbitterten Machtkampf zwischen der zivilen und der militärischen Führung, der schließlich 1965 zu einem Militärcoup unter Oberst Houari Boumediene führte. Danach war die zentrale Machtposition der ANP in der Landespolitik zwar fest verankert, zu einer Militärdiktatur entwickelte sich Algerien jedoch nicht. Die politische Einflussnahme der Streitkräfte blieb eher implizit, wurde also nicht nach außen hin propagiert. Gleichzeitig haben sich die demokratischen Institutionen weiterentwickelt.

Die Vormachtstellung der ANP wurde besonders deutlich, als das Militär 1991 erneut einen Staatsstreich durchführte, diesmal um einen demokratischen Wahlsieg der Front Islamique du Salut (FIS) zu verhindern. Dieser Putsch löste einen langjährigen und äußerst blutigen Bürgerkrieg aus, in Folge dessen der politische Einfluss der Streitkräfte noch weiter anstieg. Im Jahr 1994 versuchte das Militär erstmals, Abd al-Aziz Bouteflika als Staatspräsidenten zu installieren, 1999 dann wurde dieser gewählt und bekleidete über zwei Jahrzehnte dieses Amt. Nach Einschätzung vieler Analyst:innen und Kommentator:innen galt Bouteflika als eine Marionette des mächtigen Militärapparates.

Die öffentliche Aufarbeitung der zahlreichen vom algerischen Militär begangenen Menschenrechtsverbrechen während des Bürgerkrieges in den 1990er Jahren ist noch alles andere als abgeschlossen und wird von der Regierung nach wie vor verhindert.

Proteste im Rahmen des sogenannten „Arabischen Frühlings“ erreichten in der ersten Jahreshälfte 2011 auch Algerien und richteten sich insbesondere gegen die autoritäre Regierung Bouteflikas. Angesichts der Umstürze in Ägypten und Tunesien fürchtete Bouteflika eine ähnliche Entwicklung in Algerien. Der Präsident konnte zunächst jedoch auf einen weitestgehend loyalen Polizei- und Militärapparat zurückgreifen, der auch zur Verteidigung eigener Interessen, teilweise brutal gegen Demonstrierende vorging. Im Zuge der Proteste, die im Frühjahr 2019 zum Rücktritt Bouteflikas führten, stellte sich das Militär jedoch gegen den langjährigen Präsidenten und unterstützte die Forderungen nach seiner Absetzung, was maßgeblich zur Beendigung dessen Präsidentschaft führte.

Seit dem Umsturz hat sich das politische Gleichgewicht zu Gunsten der militärischen Eliten verschoben, diesmal jedoch ohne eine starke konkurrierende Präsidentschaft. Durch die Umsetzung der Forderungen der Hirak-Bewegung konnte sich das Militär legitimieren: dem Arab Index Survey zufolge ist das Vertrauen in das Militär mit 87 Prozent (Stand: Juli 2020) enorm hoch. Dennoch wird dem Militär auch unterstellt, lediglich eine Strategie der „zivilen Fassade“ zu verfolgen und die eigenen Einflussphären abseits demokratischer Legitimation auszuweiten. Das repressive Vorgehen seit der Wiederaufnahme der Hirak-Proteste im Februar 2021 untermauert diesen Vorwurf.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2016	2017	2018	2019	2020
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

https://data.imf.org/?sk=4e99eda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

Die Sicherheitskräfte Algeriens bestehen neben dem Militär aus der Zivilpolizei (Direction Générale de la Sûreté Nationale, DGSN) und der paramilitärischen Gendarmerie (Gendarmerie Nationale oder National Rural Police Force). Die Zivilpolizei ist formal dem Innenministerium unterstellt. Aufgabengebiete umfassen die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, Grenzkontrollen und allgemeine Strafverfolgung. Der Zivilpolizei sind auch die paramilitärischen Nationalen Sicherheitskräfte mit ihren 16.000 Beschäftigten unterstellt. Während des Arabischen Frühlings spielten die Polizei- und Sicherheitskräfte eine wichtige Rolle für das Regime in der Niederschlagung der Demonstrationen.

Darüber hinaus besteht mit der 20.000 Personen starken Gendarmerie eine paramilitärische Einheit, welche dem Verteidigungsministerium unterstellt ist. Die Gendarmerie wird hauptsächlich als Polizeieinheit in ländlichen Gegenden eingesetzt sowie in Gebieten, in denen Spannungen und Konflikte bestehen. Sie ist ausgestattet mit einigen Aufklärern (AML-60), über 200 gepanzerten Mannschaftstransportern (M-3 Panhard und TH 390 Fahd) sowie mehr als zwölf leichten Hubschraubern (Mi-2 Hoplite, AW109). Die Republikanische Garde ist eine 1.200 Personen starke Spezialeinheit. Diese teilt sich in verschiedene Eliteeinheiten, eine Bereitschaftseinheit (schnelle Eingreiftruppe) sowie Einheiten zur Aufstands- und Terrorismusbekämpfung und umfasst Aufgaben wie etwa nationale Sicherheit, Grenzkontrollen, Personenschutz und Gefangenentransporte. Hauptaufgabe ist jedoch der Schutz des:der Präsident:in. Die Truppen sind äquivalent zu den militärischen Bezirken auf sechs Stützpunkte im Land verteilt.

Des Weiteren gibt es eine zivile paramilitärische Gruppierung (Legitimate Defence Groups), die etwa 150.000 Personen zählt. Diese umfasst auch die kommunale Garde (60.000 Personen). Sie wurden Ende der 1990er Jahre als Reaktion auf zunehmende Terroranschläge in ländlichen Gebieten mit dem Einverständnis der Regierung gegründet und wurden lange Zeit von der Regierung mit Waffen ausgerüstet. Es gibt jedoch Bestrebungen des Innenministeriums, die Einheiten aufzulösen. Berichten zufolge scheint es, dass die Regierung teilweise die Kontrolle über sie verloren hat.

Der Geheim- und Sicherheitsdienst Algeriens (Department of Intelligence and Security, DRS) ist dem Militär zugeordnet und übernimmt klassische Geheimdienstarbeit für das Militär, ist aber ebenso für die interne Sicherheit und Gegenspionage zuständig. Ihm ist

eine 300 Personen starke Interventionseinheit (Groupe d'Intervention Spécial, GIS) zugeordnet. Auch Private Sicherheitsfirmen sind weit verbreitet. Mit mittlerweile dutzenden Firmen ist das private Sicherheitsgewerbe ein florierender Wirtschaftszweig. Besonders in der Öl- und Gasindustrie, aber auch im Objekt- und Personenschutz finden sich private Sicherheitsdienstleister wieder.

Der Polizei wird im Zuge der erneuten Protestwelle seit Beginn des Jahres 2021 zunehmend gewalttätige Repression vorgeworfen. Gezielte Verhaftungen, Einschüchterungen sowie Misshandlungen in Polizeigewahrsam nehmen deutlich zu.

Informationen nach den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Überblick über die Einstufung nach BICC-Datenbank

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Möglicherweise kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Unterscriben, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Algerien ist den wichtigsten internationalen Abrüstungsabkommen beigetreten. Auch den am 15. Juli 2009 in Kraft getretenen Pelindaba-Vertrag (atomwaffenfreie Zone Afrika) hat Algerien ratifiziert. In Bezug auf die Anti-Personenminen-Konvention weist der Landmine Monitor Report 2015 auf einige bestehende Probleme hin: Algerien ratifizierte die Anti-Personenminen-Konvention am 1. April 2001. Die algerische Regierung geht davon aus, dass bestehende nationale Gesetze für die Umsetzung der Konvention ausreichend sind, um etwaige Vertragsverletzungen zu ahnden. Das Land hat zwar niemals Anti-Personenminen produziert oder exportiert, in der Vergangenheit jedoch importiert und genutzt. Die Regierung zerstörte daher 2005 insgesamt 150.050 Minen. Nach Angaben der algerischen Regierung sollen sich etwa seit 2010 keine weiteren Bestände von Anti-Personenminen in den Arsenalen der Streitkräfte befinden. Berichte lassen jedoch daran zweifeln, da weiterhin kleine Mengen von Anti-Personenminen in den Händen der Sicherheitskräfte vermutet werden.

Weitaus problematischer ist der Umgang mit bereits verwendeten Minen. Von November 2005 bis März 2006 entdeckte und zerstörte die Armee insgesamt etwa 190.000 unterhalb der Erdoberfläche befindliche Anti-Personenminen, im Jahr 2013 dann noch einmal 76.000. Dies entspricht jedoch nur einem geringen Prozentsatz der über drei Millionen platzierten Minen an der östlichen und westlichen Grenze des Landes. Weitere rund 10.000 zerstörte Anti-Personenminen stammten aus den Konflikten mit aufständischen Gruppen während der neunziger Jahre.

Derzeit sind keine Sanktionen der Europäischen Union oder der Vereinten Nationen gegen Algerien verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten (unter Vorbehalt)	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 5

Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2020

Algeria is a multiparty republic whose president, the head of state, is elected by popular vote for a five-year term. The president has the constitutional authority to appoint and dismiss cabinet members and the prime minister, who is the head of government. A 2016 constitutional revision requires the president to consult with the parliamentary majority before appointing the prime minister. President Abdelmadjid Tebboune came to office after winning the December 2019 presidential election, which saw approximately 40-percent voter turnout, following mass popular demonstrations (known as the Hirak) throughout 2019 calling for democratic reforms. Observers characterized the elections as well organized and conducted without significant problems or irregularities, but noted restrictions on civil liberties during the election period and lack of transparency in vote-counting procedures. The 130,000-member National Gendarmerie, which performs police functions outside of urban areas under the auspices of the Ministry of National Defense, and the 200,000-member General Directorate of National Security or national police, under

the Ministry of Interior, share responsibility for maintaining law and order. The army is responsible for external security, guarding the country's borders, and has some domestic security responsibilities. Civilian authorities generally maintained effective control over the security forces. The Ministry of Justice reported no civil, security, or military officials were prosecuted or convicted of torture or other abusive treatment. Members of the security forces committed some abuses. Algeria held a constitutional referendum on November 1. The president and supporters of the referendum argued the new constitution will lead to a greater balance of power between the president and parliament; opponents believed the draft will further consolidate presidential power and did not include sufficient governance and human rights reforms. The constitutional referendum passed with 66.8-percent support and 23.7-percent turnout, which observers assessed was accurate. Significant human rights issues included: arbitrary detention; political prisoners; lack of judicial independence and impartiality; unlawful interference with privacy; serious restrictions on freedom of expression and press, including criminal defamation laws, arrests of journalists, and site blocking; substantial interference with freedoms of peaceful assembly and association; refoulement of refugees to a country where they would face a threat to their life or freedom; corruption; lack of investigation of and accountability for violence against women; trafficking in persons; criminalization of consensual same-sex sexual conduct; significant restrictions on workers' freedom of association; and the worst forms of child labor. The government took steps to investigate, prosecute, or punish public officials who committed violations, especially corruption. Impunity for police and security officials remained a problem, but the government provided information on actions taken against officials accused of wrongdoing.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2020
<https://www.state.gov/reports/2020-country-reports-on-human-rights-practices/algeria/>

Box 6

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2020/2021

The authorities continued to detain and prosecute peaceful protesters, journalists, activists and citizens for exercising their rights to peaceful assembly and expression relating to the mass protest movement known as Hirak. Legislative changes imposed further restrictions on freedoms of expression and association, by imposing heavy criminal sanctions for spreading "fake news" and for receiving certain types of foreign funds. A new Constitution was adopted, which improved protection for women but imposed undue restrictions on rights and freedoms by making the exercise of freedom of speech conditional on religious and cultural values. The authorities prevented Christian churches from operating and harassed members of the Ahmadiyya religious community. They also proceeded with mass and arbitrary expulsions of migrants. Discrimination against women in law and practice continued, as did gender-based violence and femicide. Consensual same-sex sexual relations remained criminalized and several arrests were made. The right to form trade unions remained restricted.

Quelle: Amnesty International Report 2020/2021:
<https://www.amnesty.org/en/location/middle-east-and-north-africa/algeria/>

Box 7

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2022

Bewertung für Algerien auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 22/60

Politische Rechte: 10/40

Gesamtbewertung: Nicht frei (32/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 8

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2022

Political affairs in Algeria have long been dominated by a closed elite based in the military and the ruling party, the National Liberation Front (FLN). While there are multiple opposition parties in Parliament, elections are distorted by fraud, and electoral processes are not transparent. Other concerns include the suppression of street protests, legal restrictions on media freedom, and rampant corruption. The rise of the Hirak protest movement in 2019 has put pressure on the regime, leading it to crack down on dissent in the following years.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/algeria/freedom-world/2022>

Kommentar

Auch wenn weiterhin Menschenrechtsverletzungen bestehen (Einschränkung der grundlegenden Menschen- und Bürgerrechte, Diskriminierung, unrechtmäßige Verhaftungen und Hausdurchsuchungen etc.) und der Verbleib von „Verschwundenen“ aus Bürgerkriegszeiten bislang noch nicht aufgeklärt wurde, verspricht die algerische Verfassung theoretisch einen hohen Grundrechtsschutz. Auch wichtigen internationalen Menschenrechtsabkommen ist Algerien beigetreten. Von 2013 bis Ende 2016 ist das Land bereits zum zweiten Mal Mitglied im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen.

Die Ausschreitungen zu Beginn 2011 haben jedoch erneut gezeigt, dass das Regime bereit ist, auch gewaltsam auf Demonstrationen und Reformbestrebungen zu reagieren. Im Zuge dessen wurde die Versammlungsfreiheit drastisch eingeschränkt und die Meinungs- und Pressefreiheit weiter beschnitten. Die Regierung hat ebenfalls die (elektronische) Überwachung oppositioneller Gruppen intensiviert.

Innere Lage im Empfängerland

Box 9

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2020 der Bertelsmann Stiftung

Throughout the assessment period (1 February 2017 – 31 January 2019), the unresolved question of the succession of ailing President Bouteflika had a negative impact on Algeria’s credibility and the implementation of necessary political, economic and social reforms. Sluggish decision-making and a failure to push forward on governance reforms, as well as the continued crisis associated with falling oil prices weakened Algeria’s previously strong financial standing. In contrast to the period following the contested 2014 election, there have been fewer politically motivated demonstrations, but political dissent has been subject to greater repression. Broad public rejection of the political process was manifest in a massive boycott of the 2017 legislative elections. Dissatisfaction with the opacity of politics in Algeria has been accompanied by local riots across the country and long-standing strikes in the medical and education sectors. The poor state of public services in response to several disasters, including cholera outbreaks, have prompted angry reactions and resentment among the public. The new constitution adopted in 2016, which reinstated presidential term limits, identified Tamazight as an official language and strengthened the legislature, marked some progress in terms of the state’s efforts to integrate societal demands. However, public skepticism regarding the most serious reforms needed to strengthen justice, political participation and socioeconomic equality has been reinforced by the reversal of constitutional limits on the number of terms the president may serve. Only three years after the 2016 revisions to the constitution, the ruling parties declared Bouteflika to be their candidate – despite his seemingly poor health – thereby triggering mass protests that eventually led to the military dismissing Bouteflika on 2 April 2019 (i.e., beyond the scope of this assessment period). The political and legal reforms introduced in 2011 that address associations, political parties, elections and the media meant new media outlets and political parties could be created and associations could be set up at the communal level. Nonetheless, associations now seemingly require government “authorization” and journalists are increasingly subject to repression if they criticize the government. The government’s response to political unrest across the country has been to reach out through public consultations and to offer short-term subsidies while also taking repressive counter-measures.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2021)

Im Jahresbericht 2021 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, liegt Algerien auf Platz 117 (2020: Platz 104), zusammen mit Ägypten, Nepal, den Philippinen und Sambia. Deutschland liegt auf Platz 10.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2021/table/nzl>

Spannungen und innere Konflikte

Unruhen im Rahmen des Arabischen Frühlings

Im Zuge der Proteste in Tunesien im Frühjahr 2011, die zum Umsturz des Regimes Ben Ali führten, gab es ebenfalls Ausschreitungen und Demonstrationen in Algerien. Bei den Zusammenstößen zwischen Bevölkerung und Polizei sowie dem Militär ging es in erster Linie um politische Missstände und den Wunsch nach demokratischen Reformen. Zwar veranlasste das Regime als Reaktion zur Vermeidung eines Umsturzes die Aufhebung des Ausnahmezustandes, der seit 19 Jahren bestand, und kündigte weitere demokratische Reformen an. Doch ging das Regime zeitgleich gewaltsam gegen die Aufständischen vor und ließ viele Protestkundgebungen durch die Polizei niederschlagen. Insgesamt waren die Aufstände vergleichsweise ruhig und gingen zügig an Algerien vorbei, was wohl unter anderem in dem Bevölkerungstrauma als Folge der durch Bürgerkriege geprägten Geschichte Algeriens begründet liegt. Nichtsdestotrotz konnten die inneren politischen Spannungen durch die Zugeständnisse und die Parlamentswahlen im Mai 2012 nicht vollends beigelegt werden. So fanden im April 2014 Präsidentschaftswahlen statt, die Bouteflika in seinem Amt für fünf weitere Jahre bestätigten, aber von schweren Unruhen in Kabylei begleitet wurden. Diese richteten sich gegen Präsident Bouteflika sowie die Korruption und Arbeitslosigkeit im Land. Die Wahlergebnisse galten auch bei dieser Wahl als hoch umstritten. Im Jahr 2019 brachen erneut schwere Proteste und ein Generalstreik aus, nachdem Bouteflika seine erneute Kandidatur bekannt gegeben hatte. Unter anderem erklärten über 100 Richter:innen, nicht für die Beaufsichtigung der Wahl zur Verfügung zu stehen, sollte Bouteflika erneut an der Wahl teilnehmen. Auch die Opposition kündigte einen Boykott der Wahlen an. Am 2. April trat Bouteflika mit sofortiger Wirkung zurück, nachdem ihm die Armee einen Rücktritt aus gesundheitlichen Gründen nahegelegt hatte.

Sieben Monate nach dem Rücktritt Bouteflikas fanden vor dem Hintergrund anhaltender Anti-Regime-Proteste am 12. Dezember 2019 Präsidentschaftswahlen statt. Diese wurden von weiten Teilen der Opposition und Protestbewegung boykottiert, da ausschließlich Vertreter:innen des politischen Establishments zur Wahl standen. Rund 40 Prozent der Bevölkerung gaben ihre Stimme ab; die niedrigste Wahlbeteiligung aller Zeiten. Der frühere Premier Abdelmajid Tebboune, der den alten Eliten zugerechnet wird, gewann die Wahl, die in der Armutregion Kabylei sowie in der Metropole Algier von Massenprotesten überschattet wurde. Die Anti-Regime-Proteste halten seit Februar 2019 an und überschatteten auch die jüngsten, vorgezogenen Parlamentswahlen. Oppositionspolitiker:innen und Vertreter:innen der Hirak-Protestbewegung halten die Wahlen für ein Instrument, mit dem sich die Elite politische Legitimität verschaffen möchte. Die Wahlbeteiligung lag dementsprechend bei nur 24 Prozent.

Der Islamist:innenaufstand

Spannungen zwischen islamischen Fundamentalist:innen und dem „sozialistischen“ Regime Algeriens reichen zurück bis in die frühen 1980er Jahre. 1988 kam es zum ersten offenen Aufstand, der allerdings von staatlichen Sicherheitskräften brutal niedergeschlagen wurde. Einige hundert, vielleicht sogar tausend Demonstrierende fanden den Tod im Kugelhagel der Polizei. Als Reaktion auf den Unmut der Bevölkerung regte der damalige Präsident Benjedid politische Reformen an. Im Zuge dieser Reformen wurde schließlich auch die islamistische Partei Front Islamique du Salut (FIS) für Wahlen zugelassen.

Insbesondere in den ärmeren Bevölkerungsschichten und der arbeitenden Klasse war die FIS schnell sehr erfolgreich. Als sich 1991 ein Wahlsieg für die FIS abzuzeichnen begann, unterbrach das Militär allerdings den Urnengang. Anfang 1992 wurde die Partei dann verboten und die Militärführung verhängte einen 19 Jahre anhaltenden Ausnahmezustand. Die Islamist:innen reagierten ihrerseits mit Gewalt. Trotz massiver Militäroperationen gegen islamistische Guerrillagruppen und einer groß angelegten Verhaftungswelle, gelang es den algerischen Streitkräften in den folgenden Jahren jedoch nicht, den nunmehr entfachten Bürgerkrieg erfolgreich einzudämmen oder gar zu beenden.

Im Zeitraum zwischen 1993 und 1995 forderten die Kämpfe wöchentlich teils über 500 Todesopfer, darunter auch immer häufiger Zivilist:innen, die offensichtlich von allen beteiligten Kriegsparteien gezielt massakriert wurden. Insgesamt wird geschätzt, dass in den 1990er Jahren zwischen 100.000 und 150.000 Menschen in Folge des Bürgerkrieges ums Leben kamen.

Obwohl Präsident Bouteflika 1999 ein Amnestieangebot an die Rebell:innen verkündete, nahm die Gewalt zu Beginn des neuen Jahrtausends zunächst merklich zu. Zwar waren von den ehemals etwa 27.000 Guerrillakämpfer:innen nur noch etwa 700 in GIA und GSPC aktiv, im Jahr 2001 kamen aber nach offiziellen Angaben noch immer ca. 1.900 Menschen gewaltsam im Bürgerkrieg zu Tode, darunter wieder viele hundert Zivilist:innen. Internationale Aufmerksamkeit erregte der Konflikt zwei Jahre später, als eine Gruppe von ausländischen Tourist:innen im Februar und März 2003 von der GSPC entführt wurde. Die Streitkräfte antworteten mit einer groß angelegten und äußerst erfolgreichen Militäroffensive. Laut Armeeangaben wurden die Rebell:innen Anfang 2004 schließlich „ausgemerzt“. In einem Referendum Ende September 2005 hat sich die algerische Bevölkerung zu über 97 Prozent für eine Amnestie aller während der Unruhen begangenen Straftaten ausgesprochen, was als ein deutliches Voranschreiten des nationalen Versöhnungsprozesses bewertet werden kann. Im September 2006 trat die Amnestie schließlich in Kraft.

Der Berber:innenaufstand

Des Weiteren beschäftigt ein Konflikt zwischen der algerischen Regierung und den berberischen Stämmen in der Kabylei-Region das Land. Obwohl die große Mehrheit der Algerier:innen ihren ethnischen Ursprung im Volk der Berber:innen hat, identifizieren sich heute nur noch etwa ein Fünftel mit dessen Kultur. Diese leben zum größten Teil in der gebirgigen Kabylei-Region östlich der Hauptstadt Algiers. Die übrigen 80 Prozent der Algerier:innen verstehen sich als Araber:innen und stellen als solche die sowohl kulturelle als auch politisch dominante Gruppe. Die Unruhen begannen in den frühen 1980er Jahren, als sich die Berber:innen gegen eine von der Regierung verordnete Arabisierungskampagne der gesamten algerischen Gesellschaft zur Wehr setzten und ihre kulturelle Eigenständigkeit forderten. Obwohl die Regierung unter Präsident Benjedid den Kabylei-Berber:innen schließlich einräumte, ihre eigene Sprache und Tradition an bestimmten Universitäten und Schulen weiterhin pflegen zu können, ebten die kulturellen Spannungen nie vollständig ab. Im Frühjahr 2001 eskalierte die Situation schließlich erneut, nachdem ein junger Berber von algerischen Sicherheitskräften auf einer Polizeiwache außergerichtlich getötet wurde. 2002 erklärte das Parlament die

berberische Sprache Tamazight zur zweiten offiziellen Amtssprache neben dem Arabischen. Der gewaltsame Aufstand der Berber:innen gegen staatliche Einrichtungen in der Kabylei-Region konnte damit allerdings nicht wirklich beruhigt werden. Denn neben der Anerkennung ihrer Sprache und Kultur, fordern die Berber:innen inzwischen vor allem wirtschaftliche und soziale Verbesserungen, wie beispielsweise ein Ende der staatlichen Korruption oder ein Programm zur Bekämpfung der steigenden Arbeitslosigkeit. Eine Serie von Bombenattentaten gegen Polizeieinrichtungen in der Kabylei-Region, zuletzt im Februar 2007, lässt auf die Existenz einer bewaffneten Berber:innengruppierung in der Region schließen.

Die Lage in Algerien hat sich jedoch seit der Wiederwahl Bouteflikas im April 2014 gebessert. Für seine vierte Amtszeit kündigte Bouteflika eine Fortsetzung des politischen Reformprozesses an, der insbesondere in einer Verfassungsreform münden sollte. Erste Vorschläge wurden noch im Mai 2014 veröffentlicht und darüber Konsultationen mit Vertreter:innen aus Politik und Gesellschaft durchgeführt. In einer Reihe von Gesprächen zwischen der Regierung und der kabulischen Bürgerbewegung „Aarouche“ konnte zudem ein Waffenstillstand vereinbart werden, wobei die Regierung einige Zugeständnisse an die Protestbewegung gemacht hat.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Mit 2.381.741 km² ist Algerien das größte Land Afrikas. Mehr als vier Fünftel des Territoriums bestehen allerdings aus Wüste. Algerien grenzt im Westen an Marokko und Mauretanien, im Süden an Mali und Niger und im Osten an Tunesien und Libyen.

Politische Situation in der Region

Marokko

Algeriens Beziehung zum westlichen Nachbarn Marokko ist seit der Unabhängigkeit 1962 angespannt, was nicht zuletzt auf die unterschiedliche ideologische Ausrichtung des „alten Königreiches“ Marokko und der neuen „sozialistischen“ Republik Algerien zurückzuführen ist. 1988 nahmen die beiden Staaten diplomatische Beziehungen auf. Ein Jahr später wurde eine Reihe von Grenzstreitigkeiten um von Marokko beanspruchte Gebiete im südlichen und westlichen Algerien friedlich beigelegt. Trotz dieser Annäherungen bleiben beide Länder bei ihrer grundsätzlich unterschiedlichen Position bezüglich der Westsahara-Frage, was die 1989 ins Leben gerufene Union des Arabischen Maghreb (UMA) bis zum heutigen Tag weitgehend paralysiert. Die Grenze zwischen Marokko und Algerien ist nach wie vor geschlossen. Im August 2021 wurde seitens Algerien erneut bekanntgegeben, dass die diplomatischen Beziehungen zu Marokko abgebrochen werden. Algerien wirft Marokko Spionage und Finanzierung von terroristischen Organisationen vor.

Tunesien

Die Beziehung Algeriens zu Tunesien ist weitaus weniger problematisch. Beide Staaten sind traditionell eng miteinander verbunden. 1983 schlossen sie ein Verteidigungsabkommen ab. Zeitgleich wurde ein über zwei Jahrzehnte andauernder Disput über den algerisch-tunesischen Grenzverlauf beigelegt.

Libyen

Die Beziehungen zwischen Algerien und Libyen waren aufgrund von ideologischen Gemeinsamkeiten beider Regierungen und den sich daraus ergebenden ähnlichen außenpolitischen Interessen in der Vergangenheit sehr freundschaftlich. Beispielsweise unterstützte Libyen in den 1970er Jahren ebenfalls die Polisario Befreiungsfront in der Westsahara. Die Beziehung erhielt 1984 allerdings einen plötzlichen Dämpfer, als Libyen überraschend erklärte, ein Bündnis mit Marokko geschlossen zu haben. Die Sorge Algeriens um die Unberechenbarkeit libyscher Außenpolitik nahm nach dem gemeinsamen Beitritt zur Union des Arabischen Maghreb jedoch wieder ab und das Verhältnis beider Länder zueinander verbesserte sich im Laufe der 1990er Jahre. Im Februar 2002 unterzeichneten Algerien und Libyen ein Abkommen über eine gemeinsame Freihandelszone. Dennoch gibt es noch immer einen ruhenden Grenzdisput zwischen beiden Ländern. Libyen beansprucht 32.000 Quadratkilometer Wüste im südöstlichen Algerien.

Durch den Krieg in Libyen ist davon auszugehen, dass zahlreiche Waffen in die Nachbarländer gelangt sind. Die Proliferation dieser Waffen stellt ein erhebliches Sicherheitsrisiko für viele Länder und die gesamte Region dar. Ein mögliches Indiz ist die Eskalation des Konfliktes im nördlichen Mali. Bewaffnete islamistische Gruppierungen („Al-Qaeda in the Islamic Maghreb (AQIM)“, Ansar Dine) drangen Ende 2012 fast bis zur Hauptstadt Malis vor. Als Folge intervenierte Frankreich im Januar 2013 und drängte die bewaffneten Gruppen zurück. Algeriens Regierung ist besorgt, dass die in Mali operierende Al-Qaida, die das Ziel des algerischen Regierungssturzes verfolgt, weiter an Stärke gewinnt oder durch einen Rückzug den Grenzbereich zwischen Mali und Algerien weiter destabilisieren könnte. Algerische Streitkräfte und Grenzeinheiten haben daher die Operationen in den Grenzgebieten zu Libyen und Mali seit dem Krieg deutlich ausgeweitet.

Union des Arabischen Maghreb (UMA)

Im Februar 1989 gründete Algerien zusammen mit Tunesien, Libyen, Marokko und Mauretanien die Union des Arabischen Maghreb (Union du Maghreb Arabe, UMA). Oberstes Ziel dieses regionalen Bündnisses ist nicht nur eine gesteigerte wirtschaftliche Zusammenarbeit und politische Integration der Mitgliedstaaten, die zur gemeinsamen Freihandelszone führen soll, sondern auch eine größere politische Kooperation. Letzteres räumt vor allem auch sicherheitspolitischen Fragen einen hohen Stellenwert ein. So beinhaltete beispielsweise bereits der UMA-Gründungsvertrag ein regionales Verteidigungsabkommen. Fortschritte im Erreichen der 1989 festgelegten Zielsetzungen sind seither allerdings ausgesprochen mäßig. Der Handelsaustausch zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten ist nach wie vor gering. Beispielsweise betrieb Algerien im Jahr 2000 nur 1,5 Prozent seines Außenhandels mit der UMA. Mit Ausnahme von Libyen fehlte

auch der Wille bei den Mitgliedern, eine politische Integration nach Vorbild der Europäischen Union voranzutreiben. Hauptgrund für das mangelnde Interesse am Durchsetzen der UMA-Ziele ist das nach wie vor angespannte Verhältnis zwischen Algerien und Marokko. Seit April 1994 gab es kein UMA-Treffen auf Ebene der Staatsoberhäupter. Zuletzt scheiterte 2005 ein geplantes Treffen, da es Differenzen bei der Anerkennung und Unterstützung Westsaharas gab.

Südliches Afrika

Trotz seiner Führungsrolle bei der Gründung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) bleibt Algerien viel enger mit seinen arabischen Nachbarn als mit den afrikanischen Ländern im Süden verbunden. Die Beziehungen sind dennoch im Allgemeinen gut. Grenzstreitigkeiten mit Mali, Niger und Mauretanien wurden beigelegt.

Arabische Welt

Algerien identifiziert sich offensiv mit den arabischen Interessen im Nahen und Mittleren Osten. Unmittelbar nach der Unabhängigkeit 1962 wurde Algerien Mitglied in der Arabischen Liga. Seither hat es insbesondere den Kampf der Palästinenser:innen gegen Israel massiv unterstützt. Der Staat Israel wird von Algerien nicht anerkannt.

Kommentar

Unter Algeriens unmittelbaren Nachbarn stellten nur Marokko und Libyen eine potentielle militärische Bedrohung dar. Marokko verfügt zwar in absoluten Zahlen über mehr Soldat:innen als Algerien, dafür aber auch über weniger schwere Waffensysteme sowie über eine vergleichsweise minderwertige Ausrüstung und Bewaffnung. Libyen hingegen besitzt zwar mehr schwere Waffen als Algerien, verfügt dafür aber über sehr viel weniger Soldat:innen.

Grenzkonflikte

Momentan gibt es keine offen ausgetragenen Grenzkonflikte. Da Libyen ein Teilgebiet der südlichen Wüstenregion in Algerien für sich beansprucht, kann von einem ruhenden Grenzkonflikt mit dem libyschen Nachbarn gesprochen werden.

Regionale Rüstungskontrolle

Es gibt keine Abkommen oder Verhandlungen zur regionalen Rüstungskontrolle.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Im März 2004 bestätigten die Vereinigten Staaten amerikanische Militäraktivitäten gegen „Terrorist:innen“ im südlichen Teil Algeriens. Vermutlich unterstützten bis zu 400 Angehörige amerikanischer Spezialeinheiten die algerischen Streitkräfte bei der Zerschlagung der islamistischen Al-Qaida Organisation GSPC.

Im Rahmen des von den USA im Jahr 2008 gegründeten neuen militärischen Regionalkommandos Africa Command (AFRICOM) kommt Algerien eine gewichtige Rolle zu, da die USA dort einen zentralen Kommandostützpunkt unterhalten. Außerdem

befinden sich amerikanische Spezialeinheiten im Rahmen der Trans-Saharan Counterterrorism Initiative (TSCTI) im nordafrikanischen Raum, um die dortigen Streitkräfte im Anti-Terror-Kampf auszubilden. Auch die militärischen Beziehungen zu Großbritannien sollen in Zukunft intensiviert werden. Im Jahr 2009 unterzeichneten die beiden Staaten einen Pakt über technologische und militärische Kooperation. Neben gemeinsamen Manövern und Ausbildungseinheiten, ist auch die Lieferung verschiedener Ausrüstungsgegenstände im Kontext des Paktes durchaus denkbar. Italien ist ebenfalls bestrebt, die Kooperation mit Algerien zu vertiefen und ggf. auch Einheiten zur Ausbildung algerischer Soldat:innen zu entsenden.

Mit der neuen Verfassung, die seit dem Beginn des Jahres 2021 gilt, wird dem Militär das Recht auf Entsendung von Militäreinheiten ins Ausland eingeräumt. Die traditionelle Militärdoktrin der Nichteinmischung gilt somit als gebrochen, was mit einer „terroristischen Bedrohung“ gerechtfertigt wird.

Gefahr von Technologiepiraterie

Laut einer Studie der Business Software Alliance (BSA) betrug die Piraterie-Rate von Software in Algerien 82 Prozent im Jahre 2017 und ist so im Vergleich zu den Vorjahren leicht gesunken (zuvor: 83 Prozent). Im Vergleich zu anderen Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens weist Algerien somit – neben Libyen, Jemen und Irak – eine der höchsten Raten der Region auf. Der aus der Technologiepiraterie entstandene wirtschaftliche Schaden belief sich nach BSA-Angaben im Jahr 2017 auf geschätzte 70 Millionen US-Dollar und ist somit gegenüber 2015 (84 Mio. USD) gesunken.

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Piracy Study 2018

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Seit 2011 beteiligt sich Algerien am Kampf gegen den Terrorismus und kooperiert dazu auch mit den USA. 2011 nahm das Land an einem globalen Forum gegen Terrorismus (GCTF) in New York teil. Im Kampf gegen die Verbreitung des Islamischen Staats in Nordafrika sowie gegen Dschihadist:innen im Norden Malis arbeitet Algerien zudem eng mit Frankreich zusammen. Algerien hat seit Januar 2013 der französischen Luftwaffe seinen Luftraum für Angriffe in den Rückzugsgebieten der islamistischen Terrorgruppen geöffnet und unterstützt den französischen Militäreinsatz in Mali auch mit Nachschub und bei der Aufklärung. Aufgrund seiner Größe dient das nordafrikanische Land seit vielen Jahrzehnten als Rückzugsort für Terrorist:innen und hat somit eine lange Tradition bewaffneter islamistischer Zellen im Untergrund. Auch das Attentat auf das französische Satiremagazin Charlie Hebdo im Januar 2015 führte nach Algerien zurück. Das Auswärtige Amt warnt vor terroristischen Anschlägen im Land, besonders gefährlich sei es im Norden und Nordosten des Landes.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Algerien ist ein wichtiger Umschlagspunkt für Drogen, insbesondere solche, die von Marokko oder Tunesien aus nach Europa geschmuggelt werden sollten. Vor allem die langen und porösen Landesgrenzen in Nordafrika begünstigen den Schmuggel und verhindern eine effektive Bekämpfung des Drogenhandels. Obwohl die Grenze zwischen Algerien und Marokko seit 1994 bedingt durch die anhaltenden Spannungen geschlossen ist, kommt es immer wieder zu Drogenschmuggel über die Grenze hinweg. Auch aus

Westafrika gelangen immer wieder Drogen illegal ins Land und werden von dort aus weiter gehandelt.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Algerien boykottiert, wie die meisten arabischen und nordafrikanischen Staaten, das UN-Waffenregister. Hintergrund hierfür sind vor allem die nicht vorgesehenen Angaben über Massenvernichtungswaffen, die im Hinblick auf Israel für die arabischen Staaten von großer Bedeutung sind. Auch an der Berichterstattung über Militärausgaben der Vereinten Nationen nimmt Algerien nicht teil und übermittelt keine Angaben.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Die Informationslage bezüglich geltender Waffenexportkontrollen ist unbefriedigend, da beispielsweise Informationen über einschlägige Gesetze oder authentifizierte Endverbraucherzertifikate schlichtweg nicht erhältlich sind. Aus der Vergangenheit sind jedoch keine Fälle einer unerlaubten Wiederausfuhr von Rüstungsgütern bekannt. Es wird jedoch vermutet, dass Waffen über die Grenze aus Algerien nach Niger und Mali gebracht werden und dort in die Hände von Rebell:innen gelangen. Unter diesen Waffen sollen viele Restbestände des Konflikts von 1992-1998 sein, vornehmlich Schusswaffen. Die beliebtesten Schmuggelrouten verlaufen über den Landweg. Die Vereinten Nationen haben massive Waffenexporte aus Libyen in andere Konfliktländer ausgemacht, viele dieser Exporte laufen über Algerien. Die Transporte aus dem nordafrikanischen Land erreichten eine "alarmierende Rate" so die Vereinten Nationen – und das trotz eines bestehenden Waffenembargos. Nach dem Sturz des libyschen Machthabers Ghaddafi im Jahr 2011 habe sich die Lage zugespitzt. Um den Schmuggel zu bekämpfen, hat Algerien tausende von Soldat:innen an die Grenze zu Mali abkommandiert. Zuletzt im August wurden zahlreiche illegale Waffenhändler:innen festgenommen. Im Mai 2014 schloss

Algerien zudem über sechs Kilometer seiner Grenze zu Mauretanien, Mali, Niger und Libyen und stellte die Grenzübergänge unter militärische Kontrolle.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 10

Auszug aus dem Transformationsatlas 2020 der Bertelsmann Stiftung

Anti-corruption initiatives and judicial reform remain significant challenges. The creation of a financial office in early 2019 designed to target corruption may deliver improvements, but could also be misused to target political opponents. The economy remains dominated by the public sector and hydrocarbons. Infrastructure as well as social programs and associations supported by the state continue to suffer from cuts resulting from ongoing austerity measures. Changes to the hydrocarbon laws in 2013 to allow fracking for shale gas were pursued by the government as a solution to the energy crisis. It appears the laws will be changed again in 2019 to facilitate this activity, despite significant protests across the country on this issue in 2015. On climate change policy, Algeria is one of the few countries that is on track in terms of reaching its commitments under the 2015 Paris Climate Agreement. There have been advances made in environmental programs, startups and initiatives such as the Algiers smart cities program. The expulsions of thousands of sub-Saharan African and Syrian migrants since 2017 has been condemned by human rights organizations. Continued regional instability, the risk of terrorism spilling over from Libya and the Sahel, and the continued presence of armed groups in the Sahara mean that Algeria – Africa's largest country in terms of territory – continues to play an important international role in the region.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP (in%)

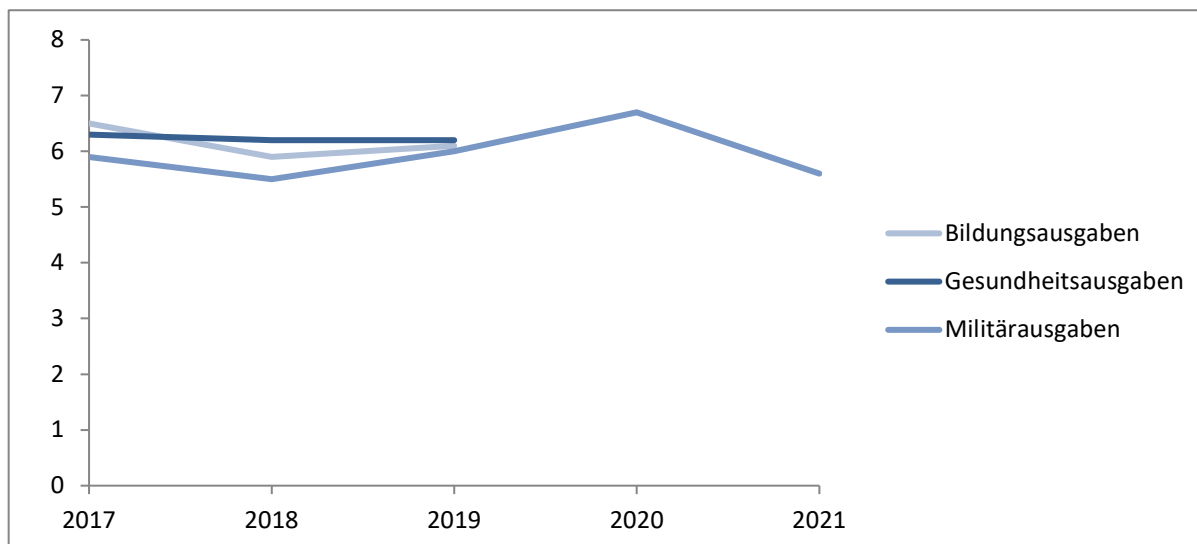
	2017	2018	2019	2020	2021
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	9709	9311	10045	9708	9116
Militärausgaben/BIP	5,9	5,5	6,0	6,7	5,6
Gesundheitsausgaben/BIP	6,3	6,2	6,2	-	-
Bildungsausgaben/BIP	6,5	5,9	6,1	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2016	2017	2018	2019	2020
Auslandsverschuldung	5463	5707	5710	5492	5178
Anteil am BIP (in Prozent)	3,4	3,4	3,3	3,2	3,6
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	95,26	111,23	85,76	115,03	-
Net ODA (% of GNI)*	0,06	0,07	0,05	0,07	-
Deutsche ODA Zahlungen*	7,98	8,73	10,15	13,98	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2019); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2019).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2016	2017	2018	2019	2020
Militarisierungswert	328,9	321,7	315,1	325,1	334,6
Index-Platzierung	14	14	15	13	12

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2016	2017	2018	2019	2020
Libyen	Militarisierungswert	309,4	245,1	-	-	-
	Index-Platzierung	18	36	-	-	-
Mali	Militarisierungswert	173,3	185,4	181,3	188,6	214,3
	Index-Platzierung	79	65	66	65	53
Marokko	Militarisierungswert	262	262,8	268,6	269,6	297,9
	Index-Platzierung	27	23	18	21	19
Mauretanien	Militarisierungswert	231,8	225,4	227,8	221,7	236,4
	Index-Platzierung	44	43	38	46	38
Niger	Militarisierungswert	152,5	156,9	157	161,8	162,4
	Index-Platzierung	92	88	88	85	90
Tunesien	Militarisierungswert	204,8	196,8	204,2	215,6	224,4
	Index-Platzierung	53	56	52	49	45

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2021.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2017	2018	2019	2020	2021
Libyen	Militärausgaben (absolut)	-	-	-	-	-
	Militärausgaben/BIP	-	-	-	-	-
Mali	Militärausgaben (absolut)	465	460	486	594	522
	Militärausgaben/BIP	3,0	2,8	2,7	3,3	2,8
Marokko	Militärausgaben (absolut)	3666	3688	3765	4831	4997
	Militärausgaben/BIP	3,2	3,1	3,1	4,3	4,2
Mauretanien	Militärausgaben (absolut)	148	158	161	199	211
	Militärausgaben/BIP	2,0	2,1	2,0	2,5	2,4
Niger	Militärausgaben (absolut)	214	226	263	238	190
	Militärausgaben/BIP	2,5	2,5	2,7	2,4	1,8
Tunesien	Militärausgaben (absolut)	895	899	1105	1157	1159
	Militärausgaben/BIP	2,1	2,1	2,6	2,9	2,8

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2020). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2015	2016	2017	2018	2019
HDI-Wert	0.740	0.743	0.745	0.746	0.748

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/country-insights#/ranks>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar

Mit Ausnahme des Jahres 2020 verzeichnet Algerien in den letzten Jahren einen zumeist soliden Anstieg des BIP von zwei bis vier Prozent. Damit besitzt Algerien eigentlich – wie aus der Datenbank des BICC ersichtlich – eine gute Basis für einen positiven Trend in Bezug auf menschliche Entwicklung. In den letzten Jahren ist dieser allerdings ob der unverhältnismäßig hohen Militärausgaben ausgeblieben. Die Truppenstärke der Streitkräfte wurde 2008 spürbar erhöht, die Militärausgaben

gemessen am BIP lagen mit über 5 Prozent in den vergangenen Jahren sehr hoch. Die Ausgaben für das Militär sanken zwar 2021 um eine Milliarde auf rund 9 Mrd. USD ab. Trotzdem stieg das Land auf dem Globalen Militarisierungsindex weiter auf. Algerien belegte 2021 Platz 13 und ist damit das am höchsten militarisierte Land Afrikas. Angesichts der drängenden Probleme des Landes, wie die hohe Arbeitslosigkeit und einhergehende Perspektivlosigkeit vieler Jugendlicher sowie gravierenden Probleme in sozialen Sektoren, bedarf es einer deutlicheren Umverteilung bei den staatlichen Ausgaben. Bis dies geschehen ist, können weitere Steigerungen des Militärhaushaltes bzw. größere Rüstungsimporte die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflussen. Damit weicht unsere qualitative Einschätzung von jener der Datenbank ab.